

Der Widerstand - Was bisher geschah



Februar 2007: EONs Pläne zum Bau einer neuen 380-Kilovolt-Höchstspannungsleitung von Wahle bei Peine bis Mecklar in Nordhessen werden bekannt. Die Trasse soll als Freileitung mit 60 bis 80 Meter hohen Masten überwiegend entlang der Autobahn 7 verlaufen („Vorzugstrasse“ siehe Karte). Die Bürgermeister der betroffenen Kommunen protestieren und fordern eine Erdverkabelung.

März/April 2007: als erste Bürgerinitiative gründet sich „Der Ambergau wehrt sich“. Begleitet von einer ausführlichen Presseberichtserstattung werden Unterschriften gesammelt und Protestaktionen organisiert.

Im Verlauf des Frühjahrs entstehen weitere Bürgerinitiativen entlang der Vorzugs- und der möglichen Alternativtrassen bis hinunter nach Northeim und vereinbaren eine intensive Zusammenarbeit unter dem Motto:

„Saubere Energie muss auch sauber transportiert werden – wir fordern Erdkabel!“

Auch viele Ortsräte verabschiedeten Protestresolutionen.

Mai 2007: als erster Erfolg der Proteste wird die Höchstspannungsleitung aus dem Landesraumordnungsprogramm herausgenommen. Damit wird ein reguläres Raumordnungsverfahren einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfung und Beteiligung von Kommunen und Verbänden erforderlich.

Mai 2007: Gründung von Bürgerinitiativen im Raum Holle und Baddeckenstedt, die sich später mit den Initiativen aus Burgdorf zur BI „380kV-Erdkabel Innerstetal und Umgebung“ zusammenschließen. In Sillium, Nordassel und später auch in Burgdorf werden Informationsveranstaltungen organisiert und Unterschriften gesammelt.

Mai/Juni 2007: aufgrund der heftigen Proteste müssen sich neben der niedersächsischen Landesregierung auch Bundesumweltminister Gabriel und die E.ON in den Konflikt um die Freileitung einschalten. Die Bürgerinitiativen fordern eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes, durch die eine Erdverkabelung überhaupt erst möglich würde.

2. Oktober 2007: die BI Innerstetal und Umgebung organisiert in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Holle eine Podiumsdiskussion mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten aus der Region. PolitikerInnen aller anwesenden Parteien wollen sich – sicher auch im

Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl – für Erdverkabelung einsetzen.

6. Oktober 2007: Beginn des Raumordnungsverfahrens mit der Antragskonferenz, in der die Prüfaufgaben der EON im sog. Untersuchungsrahmen festgelegt werden. Der Antrag der EON für einen erst dann feststehenden Trassenverlauf wird für den Herbst 2008 erwartet.

November 2007: VertreterInnen der Bürgerinitiativen übergeben dem niedersächsischen Umweltausschuss **40.000 Protestunterschriften**.

Bürgerinitiativen

Hiermit erhält das Land Niedersachsen:

In Zahlen: 0,5 cm Gegenstand: Erdkabel für eine 380.000 Volt-Leitung (Muster-/Originalmaßstab)

Verwendungszweck:
Zukunftsorientierter Netzausbau in Niedersachsen

Unterschriften:
40.000

13.11.2007

List of initiatives (from top right):
BI 380kV Erdkabel / Innerstetal und Umgebung - Baddeckenstedt, Burgdorf, Hufe
BI-Freileitungsgegnern Kalefeld
BI Moringen Becken
BI Salzgitter-Lebenstedt-Nord
BI Seesen/Bockenem „Der Ambergau wehrt sich“
BI Region Sibbesee
BI Südnies Wildstein / Orts Lamspringe, Landwehr und Bodenburg
BI „Vorwacht Freileitung“ Northem
Freileitungsgegnern Bad Gandersheim / Krüssen

Dezember 2007: unter dem Druck der Proteste verabschiedet der Landtag das **niedersächsische Erdkabelgesetz**. Darin wird in Landschaftsschutzgebieten und bei einem Abstand von weniger als 400 m zu Wohngebieten eine Erdverkabelung festgeschrieben.

April 2008: Aktion „Die Trasse kommt – hier“: um deutlich zu machen, dass trotz Erdkabelgesetz in unserer Region die Megamasten kommen, steckt die BI in Burgdorf, Baddeckenstedt, Holle und Sillium des zu erwartenden Verlauf der Freileitung mit Flutterband-Fähnchen und Plakaten ab.

April 2008: Bürgerinitiativen aus Thüringen, Westfalen, Niedersachsen, Hessen und Brandenburg wenden sich in einer bundesweiten Petition an den Bundestag und fordern Gesetzesvorlagen für einen menschen- und umweltgerechten Netzausbau.

Mai 2008: Auf Betreiben des Wirtschaftsministeriums wird der Entwurf zum „Energieleitungsausbaugesetz“ (EnLAG) vorgelegt (siehe aktuelle Gesetze...Politik).

August 2008: Der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates empfiehlt dem Bundesrat, alle Erdkabeloptionen im EnLAG zu streichen. Begründung u.a.: Erdkabel hätten eklatante Nachteile für die Umwelt und seien von der Bevölkerung nicht gewünscht - würden also zu einem verzögerten Netzausbau führen.

September 2008: Ein Bündnis der Bürgerinitiativen in Deutschland unter Federführung der Bürgerinitiativen in Westfalen und Hessen wendet sich mit einem erneuten Appell an den Bundestag und den Bundesrat. Ziel: den Bedarf neuer Trassen zu prüfen und die Erdverkabelung neuer Höchstspannungsleitungen zu ermöglichen.